



# N i e d e r s c h r i f t

## über die 10. öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 19.11.2025

---

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungsraum  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 17:57 Uhr

### Teilnehmer/innen:

#### **Ausschussvorsitzende**

Frau Stadträtin Toense

#### **SPD-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Batz  
Herr Stadtverordneter Caloglu  
Herr Stadtverordneter Hoffmann  
Frau Stadtverordnete Wittig

#### **CDU-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Dertwinkel  
Herr Stadtverordneter Schott  
Frau Stadtverordnete Steinbach

#### **Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P**

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

#### **BD-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Brinkmann für Herrn  
Stadtverordneten Stark

#### **DIE MÖWEN-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Brand

#### **FDP-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Freemann

#### **AfD-Gruppe**

Herr Stadtverordneter Koch

## **Weitere Teilnehmer/innen:**

Gesundheitsamt:

Herr Dr. Ackermann

Herr Schröder

Herr Blatz

Frau Bock

Rechnungsprüfungsamt:

Frau Meyer

Gesamtpersonalrat:

Frau Reck

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Herr Stürcken

Schwerbehindertenvertretung:

nicht anwesend

Frauenbeauftragte für Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

nicht anwesend

Migrationsrat:

Frau Samoilenko

Die Ausschussvorsitzende Frau Stadträtin Toense begrüßt die Ausschussmitglieder und die Gäste und teilt mit, dass Herr StV Stark von Bündnis Deutschland durch Frau StV Brinkmann vertreten wird.

Anschließend stellt die Ausschussvorsitzende die fristgerechte Zustellung der Sitzungsunterlagen, die ordnungsgemäße Einladung der Ausschussmitglieder und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

### **1. Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

### **2. Genehmigung der Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des GA 18/2025 Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 27.08.2025**

Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Niederschrift in der beigefügten Fassung, bei einer Enthaltung von Frau StV Brand (DIE MÖWEN).

### **3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV**

**GA 19/2025**

Herr StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P) erkundigt sich hinsichtlich der laufenden Nummer 1 (Gesundheitshaven) und möchte Informationen zur aktuellen Bewerberlage, da die Bewerbungsfrist bereits am 05.11.2025 abgelaufen ist. Die Ausschussvorsitzende erläutert, dass sie am heutigen Tage mit Herrn Dr. Rochell (Vorsitzender Kassenärztliche Vereinigung Bremen) gesprochen habe. Er teilte mit, dass die Bewerbungsfrist um zwei Wochen verlängert wurde. Die Ausschussvorsitzende erklärt weiterhin, dass es derzeit vier Bewerbungen gäbe, die in die engere Auswahl kommen würden.

Herr StV Freemann (FDP) weist daraufhin, dass auch im Berufsfeld der Medizinischen Fachangestellten (MFA) ein Fachkräftemangel bestehe. Vor diesem Hintergrund erkundigt er sich, ob für den Gesundheitshaven ausreichend Bewerbungen vorlägen. Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass sie von Herrn Dr. Rochell erfahren habe, dass es zahlreiche Bewerberinnen und Bewerber auf die MFA-Stellen geben würde.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

### **4. Vorträge / Vorlagen**

#### **4.1. Bericht über die Gewaltschutzambulanz und INZ - Vortrag durch Frau Dr. Kleinbrahm (Medizinische Geschäftsführung KBR)**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Dr. Kleinbrahm und leitet den Vortrag über die Gewaltschutzambulanz (GSA) und das INZ (Integriertes Notfallzentrum) ein. Frau Stadträtin Toense berichtet, dass der Gesundheitsausschuss im September 2023 den Antrag zur Einrichtung einer GSA mehrheitlich beschlossen hat. Die Finanzierung erfolgte aus den Mitteln von SGFV (Die

Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz). Darüber hinaus wurden keine weiteren Drittmittel benötigt, da das Personal seitens des KBRs gestellt werden konnte. Inzwischen konnte die GSA im September dieses Jahres eröffnet werden. Weiterhin weist sie nochmals daraufhin, dass die GSA der vertraulichen Spurensicherung nach häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt dient, jedoch nicht der medizinischen Diagnostik oder Wundversorgung. Bei akuten notärztlichen Fällen ist weiterhin die Arztpraxis oder die zentrale Notaufnahme der erste Ansprechpartner.

Frau Dr. Kleinbrahm erläutert, dass die GSA sich zunächst noch etablieren müsse, da die Bezeichnung für Missverständnisse bei den Bürgerinnen und Bürgern sorgen würde. Üblicherweise ist eine GSA an ein rechtsmedizinisches Institut angebunden bzw. rechtsmedizinische Expertise vorhanden, das sei in Bremerhaven nicht der Fall. Hier handelt es sich vielmehr um eine Sprechstunde für vertrauliche Spurensicherung.

Die Einrichtung der GSA wurde durch Landesfördermittel zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ermöglicht. So konnten im KBR zwei Räume ausgestattet und hergerichtet werden. Beispielsweise wurden Tageslichtlampen für die Qualität der Fotos, eine Kamera, zwei Tresorschränke zur vertraulichen und rechtssicheren Aufbewahrung angeschafft. Es konnten noch weitere Anschaffungen wie SD-Karten, Drucker, Werbematerial wie Flyer und Visitenkarten durch die Landesfördermittel finanziert werden. Darüber hinaus wurde seitens SGFV noch ein kostenfreier online Dolmetscherdienst zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden einige Ärztinnen und Ärzte umfangreich von Dr. Etzold (Leiterin der Gewaltschutzambulanz Bremen und Rechtsmedizinerin) für die vertrauliche Spurensicherung und Dokumentation von Verletzungen geschult.

Der Aufbau der Ambulanz erforderte einen erheblichen administrativen Aufwand, da umfangreiche Verfahrens- und Dienstanweisungen erstellt werden mussten. Dies betraf die Dokumentation sowie die Aufbewahrung und Lagerung der Spuren.

Frau Dr. Kleinbrahm berichtet weiterhin, dass nicht nur die Dokumentation von Verletzungen durchgeführt wird, sondern auch die vertrauliche Spurensicherung von DNA-Spuren nach sexualisierter Gewalt. Diese Spurensicherung kann zu jeder Zeit erfolgen, da DNA-Spuren innerhalb von 3 Tagen gesichert werden müssen. Die Dokumentation von Verletzungen hingegen findet mittwochs und freitags oder nach Vereinbarung statt. Für diese Sprechzeiten gibt es kein festes Personal, bei Bedarf wird Personal aus der Notaufnahme herangezogen.

Bislang haben vier Personen von der Spurensicherung Gebrauch gemacht, dabei handelte es sich um drei vertrauliche Spurensicherungen nach häuslicher Gewalt und bei einer nach sexualisierter Gewalt. Drei dieser Personen wurden im Nachhinein an das Case-Management in Bremen verwiesen.

Die Auslastung der GSA ist derzeit sehr moderat und dementsprechend kam es bislang zu keinen Problemen. Die Situation wird kontinuierlich beobachtet, etwaige Anpassungen werden bei Bedarf durch die Leitung vorgenommen.

Frau Dr. Kleinbrahm erläutert, dass die Bekanntmachung auf diversen Kanälen erfolgt ist. Einerseits war bei der Eröffnung sehr viel Presse vor Ort. Andererseits haben Frau Dr. Kleinbrahm und ihre Assistentin in Gremien, beim Runden Tisch für Gewaltschutz, beim Weißen Ring und bei der Polizei für die GSA geworben. Es werden aber auch Besichtigungen angeboten. Auf der Homepage des KBRs ist die GSA auch vertreten dort befinden sich auch alle Flyer in verschiedenen Sprachen. Die Flyer und Infokarten wurden im gesamten Stadtgebiet verteilt (Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen, Gesundheitsamt, Polizei, Arztpraxen etc.). Ein weiterer großer Bereich war die Bekanntmachung in den sozialen Medien von Seiten des KBRs selbst und des Magistrats. Ferner wurden alle wichtigen Stellen in Bremen und Bremerhaven zur Eröffnung eingeladen wie z. B. Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen.

Zur Nachfrage von Frau StV Brand (DIE MÖWEN) erläutert Frau Dr. Kleinbrahm, dass bislang eine Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt stattgefunden habe. Außerdem gäbe es keine Casemanager, dies werde im Rahmen der Auslastung weiterhin beobachtet. Das Feedback über die GSA ist seitens der Netzwerkpartner überaus positiv, jedoch müsste die GSA sich noch etablieren.

Aktuell bestehen keine großen Herausforderungen im laufenden Betrieb. Frau Dr. Kleinbrahm betont jedoch, dass die Fördermittel lediglich der Einrichtung und Ausstattung der Räumlichkeiten galten. Für den laufenden Betrieb gäbe es keine Finanzierungsmöglichkeiten aus den Fördermitteln. Es gäbe lediglich einen Vertrag über die vertrauliche Spurensicherung mit den gesetzlichen Krankenkassen. Für Nichtversicherte kann keine Abrechnung erfolgen. Außerdem werden die Spurensicherungen im Auftrag der Polizei auch nicht vergütet.

Frau Dr. Kleinbrahm stellt fest, dass nach der bisherigen Laufzeit von zwei Monaten aktuell keine Anpassungen notwendig sind.

Frau StV Dertwinkel (CDU) bedankt sich für den Vortrag und fragt, in welcher Form die Archivierung der Spuren erfolgt. Frau Dr. Kleinbrahm erklärt, dass hierfür ein einheitlicher Dokumentationsbogen verwendet werde, in dem sämtliche Befunde detailliert festgehalten werden. Ergänzend dazu werden fotografische Aufnahmen angefertigt. In den Untersuchungsräumen stehen spezielle Tageslichtlampen zur Verfügung, um die Schattierungen und Ausprägungen von Verletzungen möglichst präzise darzustellen. Dadurch wird es Rechtsmedizinerinnen und Rechtsmedizinern ermöglicht, auch im Nachgang fundierte Rückschlüsse auf mögliche Gewalteinwirkungen zu ziehen. Für jede betroffene Person wird eine separate SD-Karte verwendet, die anschließend kodiert wird. Die gesicherten Spuren werden für einen Zeitraum von zehn Jahren aufbewahrt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Abrechnung mit den Krankenkassen anonymisiert erfolgt. Dementsprechend können Familienangehörige im Rahmen von Familienversicherungen keine Informationen über einen Besuch in der GSA erhalten.

Herr StV Freemann (FDP) bedankt sich für den Vortrag und hebt hervor, dass das Thema von großer Bedeutung sei. Die Koalition habe sich dem Thema mit dem Antrag zur Etablierung einer GSA in Bremerhaven angenommen. Darüber hinaus werden weitere Gespräche zur finanziellen Sicherung der GSA mit den verantwortlichen Stellen in Bremen notwendig sein.

Frau StV Brand (DIE MÖWEN) erkundigt sich, ob es möglich wäre, dass Kinder ohne Erziehungsberechtigte in die GSA kommen würden und ob eine Untersuchung nach K.O.-Tropfen möglich ist. Frau Dr. Kleinbrahm erklärt, dass eine Untersuchung von minderjährigen Kindern nach sexualisierter Gewalt nur mit einer Anzeige möglich ist. Sofern diese ohne Erziehungsberechtigte erscheinen, muss der Kinderschutz, die Jugendhilfe und die Polizei hinzugezogen werden. Grundsätzlich ist die GSA auf Erwachsene ausgelegt, in Ausnahmefällen könnte die vertrauliche Spurensicherung auch bei geschäftsfähigen Personen ab 16 Jahren erfolgen.

Frau Dr. Kleinbrahm erläutert weiterhin, dass eine Untersuchung auf bewusstseinshemmende Mittel (u. a. K.O.-Tropfen) in der GSA nicht möglich sei. Blutabnahmen oder Urinproben sind grundsätzlich möglich. Diese werden nur im Beisein der Polizei durchgeführt, da die Proben anschließend der Polizei ausgehändigt werden. Die Polizei sendet die Proben anschließend an toxikologische Speziallabore.

Herr StV Hoffmann (SPD) bedankt sich für den Vortrag und weist darauf hin, dass er sich bei der Antragsstellung bereits mit der Istanbul-Konvention und dem Bremer Landesaktionsplan auseinandergesetzt habe. Dabei ist ihm wichtig zu erwähnen, dass Gewaltschutz nicht nur Frauen und Kinder, sondern auch ältere Menschen betreffe. Zudem regt er an, die Umsetzung der Maßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt anhand einer kurzen, faktenbasierten Sachstandsberichterstattung erneut zu bewerten.

Frau Samoilenko (Migrationsrat) fragt, ob eine Krankenversicherung Voraussetzung für eine Behandlung in der GSA wäre. Frau Dr. Kleinbrahm erklärt, dass dies nicht der Fall ist, da auch der Personenkreis der Nichtversicherten oft auf eben diese Hilfe angewiesen ist.

Frau Dr. Kleinbrahm fährt mit dem Vortrag über das Integrierte Notfallzentrum (INZ) fort und berichtet, dass es einen Beschluss zum INZ gäbe. Die Finanzierung gestaltet sich jedoch schwierig. Auf der einen Seite konnten die Räumlichkeiten erweitert werden, auf der anderen Seite ist ein weiterer Anstieg von Patientenzahlen erkennbar und ebenfalls der zunehmende Personalmangel. Durch die Schließung der Aneos Klinik in Bremerhaven Mitte wurden die beiden verbleibenden Kliniken mehr belastet. Im Februar 2025 ist der Bereitschaftsdienst der KV in direkter Nähe zur Notaufnahme ins KBR gezogen. Die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut,

leider kann man durch die steigenden Patientenzahlen aber nicht von einer Entlastung der Notaufnahme sprechen.

Frau Dr. Kleinbrahm stellt weiterhin fest, dass eine bauliche Vergrößerung der Notaufnahme unausweichlich wäre. Weiterhin müsste ein digitales Ersteinschätzungsinstrument eingeführt werden. Sie betont, dass eine schnelle Umsetzung der Notfallreform und des Integrierten Notfallzentrums erforderlich sei. Besonders wichtig sind dabei klare Strukturen und eine gesicherte Finanzierung. Aktuell ist die Vergütung für ambulant behandelte Patientinnen und Patienten in der Notaufnahme unzureichend, da die Pauschalen nicht einmal die notwendigen Untersuchungen decken. Dadurch entstehen große finanzielle Defizite, weshalb dringend Unterstützung benötigt wird.

Der Transformationsfonds des Bundes dient der Umsetzung der Krankenhausreform. Unter anderem fördert er auch die Einrichtung Integrierter Notfallzentren. Da nicht jedes Krankenhaus ein solches Zentrum erhalten kann, gelten bestimmte Vorgaben. In Bremerhaven wird davon ausgegangen, dass ein Integriertes Notfallzentrum im KBR angesiedelt wird. Entsprechend wurden Fördermittel durch das KBR beantragt und das Konzept wird bereits weiter ausgearbeitet.

Herr StV Hoffmann (SPD) bedankt sich für den Vortrag und stellt fest, dass die Notfallambulanz stark belastet sei. Sie wurde ursprünglich für 20.000 Patientinnen und Patienten pro Jahr ausgelegt, behandelt werden inzwischen jedoch über 40.000 Patientinnen und Patienten. Zusätzliche Faktoren wie Klinikschließungen verschärfen die Lage und erfordern ein schnelleres politisches Handeln. Ein weiterer zentraler Punkt ist, dass rund 51 % der behandelten Patientinnen und Patienten aus Niedersachsen kommen. Zwar wird der Versorgungsauftrag anerkannt, dennoch wird eine stärkere finanzielle Beteiligung Niedersachsens gefordert. Gespräche dazu habe es bereits gegeben, konkrete Fortschritte blieben jedoch aus. Weiterhin führt er aus, dass lange Übergabezeiten den Rettungsdienst im Krankenhaus binden. Dadurch stünden weniger Rettungskräfte im Stadtgebiet zur Verfügung, was auch Auswirkungen auf den Brandschutz hat, da Feuerwehrpersonal auf den Rettungsdienst umgeschichtet werden müssen. Die Problematik betrifft daher nicht nur Krankenhäuser und Patientinnen und Patienten, sondern die gesamte Sicherheit der Stadt.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich für den Vortrag und das Engagement aller Beteiligten Personen.

Die Präsentation ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

#### **4.2. Jahresberichte Bremerhavener Topf 2023 und 2024 und Aktuelles - Frau von Harten (Geschäftsführerin des Bremerhavener Topfs)**

**GA 20/2025**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau von Harten und leitet den Vortrag ein. Sie teilt mit, dass die Jahresberichte 2023 und 2024 des Bremerhavener Topfes zur Kenntnis vorliegen. Frau von Harten werde nun Aktuelles zum Bremerhavener Topf vorstellen.

Frau von Harten bedankt sich für die Einladung. Sie stellt den Jahresbericht 2023 und 2024 vor und erläutert die Entwicklung und Bedeutung der Selbsthilfe, die heute als vierte Säule des Gesundheitssystems anerkannt ist. Selbsthilfe wird dabei als aktive, gemeinschaftliche Auseinandersetzung mit eigenen Problemen verstanden und leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von Gesundheitskompetenz, Selbstbestimmung und Lebensqualität. Sie beschreibt die Aufgaben des Bremerhavener Topfes. Darunter fällt die Unterstützung bei der Gründung von Selbsthilfegruppen, Beratung und Information, Vermittlung von Kontakten, Moderation von Gruppentreffen, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung mit anderen Akteurinnen und Akteuren sowie die Organisation von Fördermitteln. Aktuell sind 38 Selbsthilfegruppen angebunden. Frau von Harten hebt hervor, dass Selbsthilfe das Gesundheitssystem, insbesondere in den Bereichen Sucht, Angst und Depression deutlich entlaste und eine rein ehrenamtliche Struktur hierfür nicht ausreiche. Eine professionelle Koordination sei daher notwendig, um Überlastung der Engagierten zu vermeiden.

Im Rückblick auf die Jahre 2023 und 2024 erläutert sie personelle und strukturelle Veränderungen, darunter die zeitweise fehlende hauptamtliche Unterstützung, die Satzungsanpassung sowie die Neubesetzung einer 20-Stunden-Stelle ab Mai 2025. Zudem berichtet sie über die Wahl eines neuen Vorstands und die erfolgreiche Einbindung jüngerer Ehrenamtlicher. Abschließend stellt sie

aktuelle Schwerpunkte vor, insbesondere die Stärkung der Außendarstellung durch ein neues Logo, eine neu aufgebaute Website und Social-Media-Aktivitäten, den Ausbau von Kooperationen, neue Beratungsangebote sowie einen intensiveren Austausch mit den Selbsthilfegruppen. Mit Blick auf das bevorstehende 35-jährige Jubiläum soll die Selbsthilfe in Bremerhaven öffentlich sichtbarer und weiter gestärkt werden.

Frau von Harten erklärt, dass es ihr wichtig sei, im Anschluss auch Betroffenen eine Stimme zu geben. Daher hätten sich Frau Heseke und Herr Clausen bereit erklärt, aus ihrer persönlichen Perspektive über ihre Erfahrungen mit der Selbsthilfe zu berichten.

Herr Clausen schildert, dass er seit vielen Jahren unter Depressionen, Ängsten und Panikattacken leide und vor neun Jahren erstmals eine Selbsthilfegruppe für Angst und Depression besucht habe. Anfangs sei die Hemmschwelle hoch gewesen, doch habe er sich in der Gruppe sehr gut aufgenommen gefühlt. Er betont die vertrauensvolle Atmosphäre, den offenen Austausch sowie die strikte Vertraulichkeit innerhalb der Gruppen. Weiter berichtet er, dass die aktive Mitarbeit in der Selbsthilfe ihm Sicherheit gegeben und ihn persönlich gestärkt hätte. Vor rund viereinhalb Jahren habe er eine Selbsthilfegruppe für junge Erwachsene im Alter von 18 bis 30 Jahren gegründet, da es für diese Zielgruppe nur wenige Anlaufstellen gebe. Die Gruppe habe sich sehr positiv entwickelt, stehe jedoch – wie auch andere Gruppen – vor dem Problem, zusätzliche Gruppenleitungen zu finden, da alle Engagierten selbst betroffen seien. Herr Clausen hebt hervor, dass ihn die Selbsthilfe offener und selbstbewusster gemacht habe und er heute deutlich freier sprechen könne als noch vor einigen Jahren. Zudem habe er eine weitere Gruppe in Anbindung an die Tagesklinik mitgegründet, die inzwischen ebenfalls stark nachgefragt sei. Abschließend beschreibt er die positiven Veränderungen, die Teilnehmende im Laufe der Zeit durch die Gruppenarbeit erfahren, und betont, dass ihm sein Engagement trotz eigener Belastungen viel zurückgebe und er dieses fortsetzen werde.

Frau Heseke berichtet, dass sie früher als Krankenschwester gearbeitet habe und trotz ihres Fachwissens durch ihren eigenen Schlaganfall vor viereinhalb Jahren während des Lockdowns 2021 unvorbereitet gewesen sei. Medizinisch und rehabilitativ sei sie gut versorgt worden, nach der Rückkehr nach Hause habe sie jedoch einen tiefen Einschnitt erlebt, da sich ihr Leben von einem Tag auf den anderen grundlegend verändert hätte. Die plötzliche Einschränkung von Beweglichkeit, Sprache und Selbstständigkeit habe sie in eine persönliche und emotionale Krise gestürzt. Sie schildert, dass sie sich nach der Entlassung orientierungslos gefühlt habe, da sie zwar viele Anlaufstellen gekannt hätte, aber häufig nicht gewusst habe, welche Fragen sie überhaupt stellen müsse. Aus diesem Grund gründete sie zunächst eine Onlinegruppe und anschließend eine Selbsthilfegruppe beim Bremerhavener Topf. Diese werde regelmäßig von zahlreichen Betroffenen besucht, wobei auch Angehörige und Interessierte ausdrücklich einbezogen werden. Frau Heseke betont, dass Schlaganfälle nicht nur die Betroffenen selbst, sondern in gleichem Maße auch Angehörige treffen und ganze Familien vor große Herausforderungen stellen. Um diesem Bedarf gerecht zu werden, habe sie zusätzlich eine Selbsthilfegruppe speziell für Angehörige ins Leben gerufen, die ebenfalls sehr gut angenommen werde. Abschließend beschreibt sie sich selbst als Mutmacherin und berichtet, dass es ihr heute trotz bleibender Einschränkungen wieder relativ gut gehe. Sie wolle anderen Betroffenen vermitteln, dass auch in schwierigen Situationen vieles möglich sei. Dabei hebt sie die zentrale Bedeutung der Selbsthilfe, der Vernetzung sowie einer gesicherten finanziellen Unterstützung für die Gruppenarbeit hervor.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau von Harten für den Vortrag und bei Herrn Clausen und Frau Heseke für ihre persönlichen Eindrücke.

Die Präsentation ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Berichte zur Kenntnis.

#### **4.3. ÖGD-Pakt Digitalisierung: aktueller Projektstand**

**GA 21/2025**

Die Ausschussvorsitzende weist daraufhin, dass in jeder zweiten Gesundheitsausschusssitzung über den aktuellen Projektstand berichtet werde.

Herr StV Freemann (FDP) fragt nach der weiteren Finanzierung der IUK-Plattform über März 2026 hinaus. Er äußert die Sorge, dass sich das Land nach der Aufbauphase aus der Finanzierung

zurückziehen könnte. Aufgrund der prekären Haushaltslage stünden keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Da es sich um ein Landesprojekt und eine landesweite Struktur handele, erwarte er, die weitere Finanzierung durch das Land Bremen. Weiter fragt er, welche Konsequenzen ein Ausstieg auf die Krisenkommunikation und den Infektionsschutz im Lande Bremen hätte.

Herr Dr. Ackermann befürchtet, dass die Finanzierung der Plattform nach der Aufbauphase eingestellt werden könnte, da bislang keine Anzeichen für eine dauerhafte Finanzierung durch das Land Bremen bestünden. Es bestehe die Gefahr, dass eine derzeit entstehende Struktur nach kurzer Zeit wieder eingestellt werden müsste. Er äußert die Hoffnung, dass sich über den Bereich Katastrophen- und Bevölkerungsschutz eine Möglichkeit für eine weiterführende Finanzierung ergeben könnte.

Die Ausschussvorsitzende ergänzt, dass das Gesundheitsamt Bremerhaven gemeinsam mit dem Gesundheitsamt Bremen und der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz nach einer Lösung der offenen Finanzierungsfrage für den gemeinsamen Fortbetrieb der luK-Plattform suchen werde und den Gesundheitsausschuss hierüber auf dem Laufenden halte.

Zugleich betont sie, dass der kommunale Haushalt hierfür keine finanziellen Spielräume biete.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den aktuellen Projektstand des ÖGD-Pakt-Projekts Digitalisierung zur Kenntnis.

#### **4.4. Projekt Gesundheitsfachkraft in Kindertageseinrichtungen (KiG) in Bremerhaven**

**GA 22/2025**

##### **hier: Anerkennung eines überplanmäßig anerkannten Bedarfs**

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass es sich bei vorliegender Stelle um eine drittmittelfinanzierte Stelle mit einem Stellenanteil von 0,75 handelt. Darüber hinaus wird die Person nicht in allen Kindertageseinrichtungen tätig sein können, sondern lediglich in noch auszuwählenden Kitas.

Herr StV Freemann (FDP) erklärt, dass das Projekt eine wichtige Lücke im Bereich der frühkindlichen Bildung schließe. Er hebt hervor, dass 90 % der Finanzierung durch die gesetzliche Krankenversicherung im Rahmen des GKV-Bündnisses erfolge und der kommunale Eigenanteil von 10 % durch vorhandenes Personal der Stabsstelle Gesundheitsförderung und Prävention abgedeckt werde. Dadurch entstünden keine zusätzlichen Kosten für den Haushalt. Insgesamt betont er, dass die Koalition das Projekt ausdrücklich unterstütze und sehr positiv bewerte.

Der Gesundheitsausschuss beschließt - unter Vorbehalt der verbindlichen Förderzusage durch die ARGE des GKV-Bündnisses für Gesundheit Bremen - die Einrichtung eines überplanmäßig anerkannten Bedarfs (0,75 Stelle, Entgeltgruppe 9b TVöD (Entgeltordnung/VKA) - vorbehaltlich Bewertung) zur befristeten Einstellung einer Gesundheitsfachkraft in Kindertageseinrichtungen (KiG) im Gesundheitsamt.

Das Gesundheitsamt wird gebeten, einen gleichlautenden Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses zu erwirken, damit die entsprechende Ausschreibung zu gegebener Zeit vorgenommen werden kann.

Vorbehaltlich der noch ausstehenden Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses und der Überprüfung der Stellenbewertung, ist zum Stellenplan 2026/2027 der entsprechende Stellenplanantrag zu stellen.

Der Gesundheitsausschuss beschließt die Vorlage einstimmig.

#### **5. Anfragen**

##### **5.1. Anfrage der Fraktion DIE MÖWEN - "Versorgungslage bei Fachärztinnen und Fachärzten sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten"**

**GA 23/2025**

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die Anfrage der Fraktion DIE MÖWEN an die Kassenärztliche Vereinigung weitergeleitet worden sei, da die Beantwortung ohne deren Beitrag

nicht möglich sei. Eine Rückmeldung liege bislang noch nicht vor; es werde davon ausgegangen, dass die Anfrage in der Sitzung im Februar abschließend beantwortet werden könne.

## 6. Verschiedenes

Frau StV Dertwinkel (CDU) erbittet eine Antwort bzw. Recherche zu einer Vorlage der Bremischen Bürgerschaft vom Oktober, die sich mit der Fortführung integrierter Drogenhilfestrategien befasst. Die Vorlage sei in der Senatssitzung an die städtischen Deputationen weitergeleitet worden und solle Anfang des kommenden Jahres beschlossen werden. Bei der Durchsicht der Mittelverteilung habe sie festgestellt, dass Bremerhaven darin nicht berücksichtigt sei, obwohl Landesmittel in Höhe von 1,4 Millionen Euro vorgesehen seien, während Bremen einen deutlich höheren Anteil erhalte. Sie äußert daher die Frage, ob für drogenkranke Menschen in Bremerhaven keine entsprechenden Zuwendungen vorgesehen seien. Die Ausschussvorsitzende stellt klar, dass die Vorlage nicht mit dem Gesundheitsamt Bremerhaven abgestimmt worden sei. Gleichzeitig erläutert sie, dass der Sozialpsychiatrische Dienst im Austausch mit der Senatorin für Gesundheit stehe und im Rahmen des Projekts „DigiSucht“ Fördermittel in Höhe von rund 50.000 Euro erhalte, die direkt an die AWO Bremerhaven gezahlt werden. Zudem arbeite man gemeinsam mit dem Land an einem Frühwarnsystem im Drogenbereich, unter anderem zu Themen wie niedrigschwellige Angebote und dem Einsatz des Notfallmedikaments „Naloxon“.

Herr StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P) erkundigt sich zum Gesetz zur Sicherstellung bedarfsgerechter Angebote für Schwangerschaftsabbrüche und weist auf die Berichtsverpflichtung gegenüber der Gesundheitsdeputation hin. Er bittet darum, dass der Bericht zur Verfügung gestellt werde. Frau Stadträtin Toense teilt mit, dass sie den gewünschten Bericht im Nachgang zur Sitzung per E-Mail zur Verfügung stelle.

Außerdem erinnert Herr StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P) an eine frühere Anfrage zur Ausstattung und Finanzierung der humanitären Sprechstunde in Bremerhaven und erkundigt sich nach dem Stand der Bemühungen um Landesmittel. Die Ausschussvorsitzende berichtet, dass die humanitäre Sprechstunde des Gesundheitsamts Bremerhaven mit dem Verein zur Förderung der gesundheitlichen und medizinischen Versorgung von papierlosen und nichtversicherten Menschen in Bremen e. V. (MVP) kooperiert. Ziel sei es, Personen, die einen umfangreicheren medizinischen Bedarf haben, gegebenenfalls nach Bremen überweisen. Die entsprechende Deputationsvorlage wird im Nachgang zur Sitzung per Mail zur Verfügung gestellt.

Auf Nachfrage von Herrn StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P) teilt Frau Stadträtin Toense mit, dass zu einer der nächsten Sitzungen des Gesundheitsausschusses eine Vertreterin des Hebammenzentrum eingeladen werden soll.

Herr Dr. Ackermann berichtet, dass der vierte Hygienefachtag in Bremerhaven am 17. und 18. September 2025 vom Gesundheitsamt gemeinsam mit dem KBR und der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen durchgeführt worden sei. An beiden Tagen hätten etwa 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teilgenommen, die sich vor allem zu Hygienethemen und Hygienebegehungen informiert hätten. Es seien Referentinnen und Referenten aus dem KBR, dem Gesundheitsamt und der Kassenärztlichen Vereinigung beteiligt gewesen. Geplant sei, dieses Format in zwei Jahren mit dem fünften Hygienefachtag fortzusetzen.

Vorsitzende

Schriftführerin

---

A. Toense  
Stadträtin

---

Bock